



Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringergeld 8.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Carl Legien †.

Berlin, 26. Dez. Reichstagsabgeordneter Legien, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, ist am Sonntagmorgen gestorben.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist von der politischen Bühne durch den Tod abberufen worden, die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat ihre bisherige Spitze verloren. Der genau dreißig Jahre lang wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung der Gewerkschaften ausübte, hat das Feld seiner Wirksamkeit verlassen müssen.

Legien hat unbestritten eine Reihe Verdienste um die Arbeiterbewegung, wie jeder, der in ihr tätig ist. Wir können aber nicht sagen, daß sein Tod eine schmerzliche Lücke in ihr hinterlasse. Legien war reiner Gewerkschafter, die politische Arbeiterbewegung war ihm oft mehr als unbehagen. Seine politische Betätigung stand wiederholt in schroffem Gegensatz zu den Anschauungen des übergroßen Teils der alten Sozialdemokratie. Scharfe Auseinandersetzungen über taktische und prinzipielle Fragen waren die Folge.

Seine fast ausschließlich auf das Gegenwartige eingestellte Denkwelt führte ihn während der Kriegszeit zur Politik des Burgfriedens und des Durchhaltens und nach der Revolution zur Politik der Arbeitsgemeinschaften. So trug auch er gerade durch seine Haltung in den letzten Jahren wesentlich zur Verschärfung der Gegensätze in der Arbeiterbewegung bei. Und es dünkt uns kein Ruhmesblatt für Carl Legien, wenn jetzt an seiner Bahre klagend die bürgerliche Presse steht.

Obwohl kurz oder lang wäre die deutsche Gewerkschaftsbewegung über die Politik Legiens hinweggeschritten; neue Zeiten erfordern neue Kampfmethoden; auch in den Gewerkschaften marschiert die sozialistische Erkenntnis. Die letzte Vorstandskonferenz, die sich mit der Frage der Arbeitsgemeinschaften beschäftigte, legte dafür Zeugnis ab.

Carl Legien nahm in der deutschen wie in der internationalen Gewerkschaftsbewegung einen hervorragenden Platz ein. Schon in jungen Jahren hat er sich der modernen Arbeiterbewegung angeschlossen. In Hamburg wurde er in den 80er Jahren zum Vorsitzenden der Drechler Deutschlands und der Zentraltransatlantika der Drechler gewählt. Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Gewerkschaften sich in zentrale Verbände umwandelten und eine Konferenz im November 1890 in Berlin die Generalkommission der Gewerkschaften schuf, wurde Carl Legien zu ihrem Vorsitzenden gewählt. In dieser Stelle hat er bis zu seinem Tod gestanden. Jahrelang redigierte er das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften, das sich bald zum Zentralorgan der deutschen modernen Gewerkschaftsbewegung entwickelte. Alle deutschen Gewerkschaftskongresse wurden von Carl Legien geleitet. Um 1900 schufen sich die zentralen Gewerkschaftsorganisationen einer Reihe Großstaaten ein ständiges internationales Sekretariat. Es hatte seinen Sitz in Berlin und wurde ebenfalls von Carl Legien geleitet.

Seit 1890 gehörte Legien dem Deutschen Reichstag als Vertreter des 7. Schleswig-Holsteiner Wahlkreises Kiel-Rendsburg an. Im Reichstagswahlkreisrat bekleidete er die Stelle des 2. Vorsitzenden.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die nach dem Nürnberg Kongress den Namen Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund annahm, hatte Carl Legien starken Einfluß auf die gesamte deutsche Arbeiterbewegung. In seinen politischen Ansichten stand er immer auf dem äußersten rechten Flügel der Sozialdemokratie; er war der typische Vertreter des Reformsozialismus. Als solcher hatte er einen steten Kampf mit dem radikalen Flügel zu bestehen, besonders mit Plebisch und Rosa Luxemburg. Namentlich in der Frage der Maifeier und des politischen Massenstreiks zeigte sich sein Opportunismus. Es war daher kein Wunder, daß Carl Legien bei Kriegsausbruch begeistert ins Lager der Kreditbewilliger ging und während des ganzen Krieges an der Burgfriedenspolitik festhielt. Ihre Krönung fand diese Politik in der Schaffung der Arbeitsgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitern, als deren eifriger Förderer Carl Legien anzusprechen ist.

Der Widerspruch gegen diese Politik wurde in den Reihen der marxistisch geschulten Gewerkschafter immer lebhafter, da sich je länger je mehr zeigte, daß das Unternehmertum dabei am meisten profitierte. Mit Reformen allein geht eben die Welt nicht aus den Angeln zu heben. Carl Legien stemmte sich bis zuletzt gegen eine Umstellung der gewerkschaftlichen Taktik im Sinne des revolutionären Sozialismus. Er hat seinen Traum von der zeitweisen Interessengemeinschaft von Kapital und Arbeit mit ins Grab genommen.

War Legien schon in nationaler Beziehung eine stark umstrittene Person, so nicht minder in internationaler. Mit ihrer bekannten Straußlosigkeit kämpften die russischen Bolschewisten und ihre Nachbeter in den andern Ländern gegen ihn an. In ihren Augen war Carl Legien nichts anderes als ein Hausvater der Kapitalisten, so er war noch gefährlicher, wie diese selber.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß dieses Geschrei nichts mit sachlicher Kritik zu tun hat. Carl Legien ist groß geworden im Dienst des Proletariats, für das er gekämpft und gelitten hat. Von manchem seiner Kritiker kann das nicht behauptet werden. Seine tägliche Arbeit hat Legien mit den oft sehr niederdrückenden Begebenheiten des Kleinlampes eng zusammengebracht. Auf der andern Seite war er gewohnt, sich öfter mit den Vertretern der Regierung und der Unternehmer an den Verhandlungstischen zusammenzusetzen. Vielleicht ist gerade dadurch seine einseitig reformerische Veranlagung mächtig gefördert worden.

Der marxistisch geschulte Gewerkschafter und Sozialist hat Carl Legien nicht immer folgen können, ja, er war gezwungen, ihm oftmals die Gefolgschaft zu verweigern. Er hätte es lieber geliebt, wenn Legien seinen hervorragenden Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung im Sinne des revolutionären Sozialismus benutzte hätte. Aber das hindert doch nicht anzuerkennen, daß mit Carl Legien ein hervorragend begabter und ausgeprägter Charakter ins Grab gegangen ist. In der Geschichte der Arbeiterbewegung wird er immer an vorderster Stelle genannt werden.

Berlin, 27. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Anlässlich des Hinscheidens Carl Legiens hat der Reichspräsident Ebert folgendes Telegramm an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gerichtet:

„Das plötzliche Hinscheiden Carl Legiens, Ihres Vorsitzenden, erfüllt mich mit tiefem Schmerz. Mit Carl Legien sinkt einer der hervorragendsten Männer ins Grab. Was er in mehr als 30-jähriger jährr, tatkräftiger Arbeit für die Gewerkschaften der Arbeiter geschaffen hat, ist unvergängliche Kulturarbeit. Überall in der Welt, wo die unergänzbare Wurzel gelegt haben, wird der Tod Carl Legiens tief beklagt werden. Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ist der Verlust Legiens ein schmerzlicher Schicksalsschlag. Seien Sie meiner herzlichsten Teilnahme versichert.“

Berlin, 27. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Lokalanzeiger schreibt zum Tode Legiens: Seines Zeichens Drechler stellte er seine Kraft schon frühzeitig in den Dienst der Arbeiter-Gewerkschaftsbewegung, deren anerkannter Führer er 1890 als Vorsitzender der Gewerkschaftskommission wurde. Von 1893 bis 1898 und von 1903 bis zu seinem Tode gehörte Legien dem Reichstag als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei an. Ein selbstbewusster Vertreter seiner Idee war er, jedoch kein Heißsporn. Stets-Sachlichkeit und maßvolles Auftreten haben ihm allgemeine Achtung auch außerhalb der Reihen seiner Partei eingetragen.

Berlin, 27. Dezember. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Das Berliner Tageblatt schreibt zum Tode Legiens: Legien hat immer besonderen Wert darauf gelegt, immer die Gewerkschaften parteipolitisch neutral zu halten und sich nicht in eine zu große Abhängigkeit von der Sozialdemokratischen Partei zu begeben. Immer wieder wurde auf zahlreichen Gewerkschaftskongressen, denen er präsierte, über das Verhalten der Gewerkschaften zu den Parteien gestritten. Eine Forderung bedrohten auch die sogenannten Lokalisten, syndikalistische Elemente, das innere Gedüge der Gewerkschaftsorganisation. Aber es gelang Legien und Böhmeler rechtzeitig, 1908 in Nürnberg eine klare Scheidungslinie gegenüber den Lokalisten zu ziehen und sie aus der Gewerkschaftsorganisation auszuschließen. Auf die Sozialdemokratische Partei gewannen die Gewerkschaften durch die Massen, die hinter ihnen standen, durch die großen Gelder, die in diesen Kassen waren und durch die praktische Schaltung ihrer Funktionen einen großen Einfluß im Sinne einer praktischen Gegenwarts politik.

Über seine Tätigkeit im Reichstag sagt das Berliner Tageblatt: Man oft hat er im Plenum nicht das Wort ergriffen. Wenn es der Fall war, wußte er stets durch seine rein sachlichen und taktisch klugen Ausführungen das Interesse des ganzen Hauses auf sich zu konzentrieren. Nach dem Kapp-Putsch, als die Möglichkeit einer Arbeiterregierung ventiliert wurde, trug ihm der Reichspräsident das Reichsamtverant an. Legien schlug es aber aus, da er die Stunde für die Bildung einer reinen Arbeiterregierung noch nicht als gekommen erachtete. Nicht zuletzt seinem Geschick war es zu verdanken, daß der Kapp-Putsch nicht durch einen allgemeinen Vintspieß abgelöst wurde.

Aufruf an die Eisenbahner.

Eisenbahner! Beamte und Arbeiter! Nebt Solidarität!

Die Eisenbahner Deutschlands befinden sich in einem schweren Kampfe um die Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Es handelt sich für sie um Sein oder Nichtsein! Die Reichsregierung und mit ihr die bürgerlichen Koalitionsparteien im Deutschen Reichstage haben die Eisenbahnbeamtenhaft bei der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage elend im Stich gelassen.

Noch schmählicher handeln dieselben Faktoren an der Eisenbahnarbeiterchaft!

Alle Gewerkschaften der deutschen Eisenbahner haben sich zu gemeinsamem Handeln zusammengeschlossen! Gegen diese Phalanx gibt es keinen Widerstand! Trotzdem versucht die Reichsregierung in dem Bewußtsein, daß in diesem Kampfe ihre Existenz auf dem Spiele steht, in dieses Bündnis Verlocke zu schlagen.

Im Reichsverkehrsblatt Nr. 24 veröffentlicht der Reichsverkehrsminister Groener eine Erklärung der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung vom 20. Februar 1920. Diese Erklärung richtet sich gegen das Streikrecht der Beamten, versagt ihnen dieses Recht und bedroht sie mit dem Verlust des Einkommens, Dienstentlassung usw. Diese Drohung des Reichsverkehrsministers bildet eine der schrecklichsten Provokationen, in denen sich die bürgerliche Reichsregierung seit ihrem Befehlen der Eisenbahnerchaft gegenüber sehr häufig geübt hat.

Noch ist die Zeit nicht gekommen, darauf die einzig richtige Antwort zu geben. Sie wird aber kommen, wenn die Regierung ihre Vergewaltigungspolitik der Eisenbahnerchaft gegenüber weiter zu treiben versucht.

An die Eisenbahner, Beamten und Arbeiter richten wir in Anbetracht der außerordentlich schweren Verantwortung, welche die Entwicklung der Verhältnisse mit sich bringen kann, den dringenden Appell:

Laßt euch nicht provozieren! Gewärtigt des Rufes eurer Organisation! Tut eure Pflicht und ist eiserne Solidarität! Einer für alle, alle für einen!

Bezirkleitung des D. G. B. in Sachsen.
Rob. Wirth.

Die Volksabstimmung in Oberschlesien.

Walter Dehme, Berlin.

Es ist kein dankbares, aber ein um so notwendigeres Beginnen, sich selbst von Zeit zu Zeit einmal gründlich die Wahrheit zu sagen, und so muß denn zur oberhschlesischen Frage heute bekannt werden, daß unsere Partei, bis zum holländischen Parteitag behindert durch die innere Krise, versäumt hat, dem Problem der Volksabstimmung — vor allem in Oberschlesien — genügend Sorgfalt zu widmen. Wir haben uns durch die nationalistische polnische Propaganda verleiten lassen, die Frage der oberhschlesischen Volksabstimmung als eine rein nationale Frage anzusehen, in der wir deshalb die Grundzüge unserer internationalen Weltanschauung den beiderseitigen nationalen Forderungen glauben entgegenstellen zu müssen. Das war eine völlige Verkennung des Problems und die Folgen zeigen sich heute darin, daß es in Oberschlesien eine Unabhängige Sozialdemokratische Partei überhaupt nicht mehr gibt. Was nicht am 7. November bei der Vereinigung der Kommunistischen Partei Oberschlesiens, der USP, und der SPD zur einheitlichen kommunistischen Partei Oberschlesiens sich dieser anschloß, dürfte zum großen Teil zu den Rechtssozialisten zurückgekehrt sein, da in der oberhschlesischen Arbeiterchaft niemand die Haltung unserer Partei in der Abstimmungsfrage begreift. Wir werden also mühsam in Oberschlesien unsere Partei neu aufbauen müssen. Das aber ist nur möglich mit einer absolut klaren Parole im Abstimmungskampfe.

Es ist selbstverständlich, daß wir weit davon entfernt sind, in das Horn nationalistischer Propaganda zu blasen, wie es von polnischer und allduischer Seite geschieht. Wir kennen nur ein einziges Kriterium, nach dem wir unsere Stellung in der Abstimmungsfrage orientieren können; das ist: die Entwicklung zum Sozialismus.

Mit großer Leichtfertigkeit werden heute von der Abstimmungspropaganda auf beiden Seiten die kühnsten Behauptungen über die Entwicklung der oberhschlesischen Industrie unter polnischer oder unter deutscher Oberhoheit aufgestellt. Alle diese Behauptungen entschören bisher wissenschaftlicher Begründungen. Es scheint mir eine unserer Partei durchaus würdige Aufgabe, ihrerseits dafür Sorge zu tragen, daß dies Problem in wissenschaftlicher und erschöpfender Weise geklärt und behandelt wird. Es ist zwar klar, daß die bisherigen wirtschaftlichen Leistungen der polnischen Regierung die Behauptung rechtfertigen, daß die oberhschlesische Industrie sich unter polnischer Oberhoheit weit ungünstiger als unter deutscher entwickeln würde. Da es aber von vornherein klar ist, daß die Entente sich einen hinreichenden Einfluß auf die Verwaltung der oberhschlesischen Industrie im Falle ihrer Zugehörigkeit zu Polen sichern wird, so liegt das Problem wesentlich anders und die Fragestellung heißt: vermag die oberhschlesische Industrie sich besser unter deutscher oder unter ententeischer Leitung zu entwickeln? Auf diese Frage gibt es, wie gesagt, zur Zeit noch keine mit auch nur einigermaßen stichhaltigen Gründen belegte Antwort.

Dagegen kann man ohne weiteres die rein sozialistische Frage und die sozialen Probleme beantworten. Die oberhschlesische Arbeiterchaft gehört infolge ihrer Zusammensetzung wie ihrer Entwicklung zu den rückständigsten, sozialistisch wie kulturell am wenigsten geschulten Elementen der deutschen Arbeiterchaft. Es herrschen in Oberschlesien stellenweise noch geradezu patriarchalische Zustände im Verhältnis der Arbeiterchaft zu den Grundbesitzern. Die politisch unaufgeklärte und haltlose Arbeiterchaft pendelt non den christlichen Gewerkschaften zu den freien, von diesen zu den Hirsch-Dunderschen, von der Zentrumspartei zur kommunistischen und von dieser zu den Rechtssozialisten. Die Mitglieder der Gewerkschaften und Parteien geben ein deutliches Bild von diesem dauernden Hin- und Herblicken. Neben der politischen steht der Arbeiterchaft auch die moralische Festigung, so daß sie sich in Oberschlesien heute des verbrecherischen Gesindels kaum noch erwehren kann. All das sind Momente, die die sozialistische Entwicklung auf das schwerste hemmen und gefährden. In dem Augenblick, in dem nun die oberhschlesische Industrie mit ihrer Arbeiterchaft an Polen fällt, werden all diese Gefahren in vielfach vermehrter Weise auftreten. Der Einfluß, den die polnischen sozialistischen Parteien auf die oberhschlesische Arbeiterchaft gewinnen können, ist gering, denn ihr politischer Einfluß ist schwach und sie verfügen selbst nur über geringe Kräfte. Vor allem aber ist heute die stärkste polnische sozialistische Partei, die PPS, fast völlig in rein nationalistischen Irrtümern befangen und entbehrt jeder klaren sozialistischen Erkenntnis. Die oberhschlesische Arbeiterchaft bedarf dringend sozialistischer Aufklärungsarbeit, die nur von den deutschen sozialistischen Parteien, niemals aber von den polnischen geleistet werden kann. Unter polnischer Oberhoheit wird die oberhschlesische Arbeiterchaft in ihrer Entwicklung zur sozialistischen Reihe um Jahrzehnte zurückgeworfen werden. Welcher aufrechte Sozialist also wollte durch Stimmabgabe für